



An den Grossen Rat

15.5118.02

PD/P155118

Basel, 3. Juni 2015

Regierungsratsbeschluss vom 2. Juni 2015

Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend „Pegida Basel und Eric Weber“

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Eric Weber dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

„Es sollte legitim sein, äussern zu dürfen, dass man keine Parallelgesellschaften wie im Kleinbasel in seinem Umfeld möchte. Wenn es bereits eingetreten ist, ist es zu spät.

Assimilation und die Voraussetzung der deutschen Sprache für seine Landsleute in Basel wird vom türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan als Verstoss gegen die Menschenrechte bezeichnet. Er fordert im deutschsprachigen Raum türkische Gymnasien und Universitäten. Aber den Kurden im eigenen Land verbietet er muttersprachlichen Unterricht an Schulen und Unis.

Praktikable Asylgesetze widersprechen keinesfalls einer Weltoffenheit, genauso wenig wie kontrollierte Zuwanderung kein Rassismus und rechtes Gedankengut ist. Pegida und Basel sind keine Schande. Die Schande sind die Ignoranz und Unfähigkeit von Politik und der Medien, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen und endlich an Lösungen zu arbeiten.

Niedrige Wahlbeteiligung. Die Politik ist der Meinung, der Wähler versteht ihre Ziele nicht und ist desinteressiert. Tatsache ist, dass der Wähler eingesehen hat, durch Wahlen nichts zu ändern und dass die Angebote der Altparteien sich kaum noch differenzieren und immer seltener den Wünschen der Bürger entsprechen.

1. Wie steht die Regierung zu Pegida allgemein?
2. Wie steht die Regierung zu Pegida Basel?

Eric Weber“

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie steht die Regierung zu Pegida allgemein?

Die Regierung beobachtet die aktuellen Entwicklungen um die Pegida mit Sorgfalt. Grundsätzlich ist die Regierung politisch neutral und äussert sich deshalb nicht zu politischen Bewegungen. Bedauernswerterweise gehen von einigen dieser Demonstrationen Fremdenfeindlichkeit, gar Rassismus, aus. Die Exponenten der auf wenig Resonanz stossenden schweizerischen Ableger dieser deutschen Bewegung sind jüngst aufgrund ihrer Aussagen und ihrer Nähe zu rechtsextremen Kreisen negativ aufgefallen. Diese Eigenschaften sind nicht vereinbar mit der langen humanitären und offenen Tradition des Kantons Basel-Stadt.

2. Wie steht die Regierung zu Pegida Basel?

Siehe Antwort zu Frage 1.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin